

Bürger zweiter Klasse

In den von Palästinensern bewohnten Gebieten Israels wachsen Gewalt und Kriminalität. Der Staat schaut weg

Von Gerrit Hoekman

Lucy Aharish ist in Israel eine bekannte Nachrichtensprecherin. Sie war 2007 im hebräischen Fernsehen die erste in dieser Position mit einem palästinensischen Familienhintergrund. Am 28. Februar bekam sie abends unerwünschten Besuch von Mordechai David und einigen seiner Anhänger, die vor Aharish' Haus in Tel Aviv randalierten. Der berüchtigte extrem rechte Provokateur wurde festgenommen. Ihm wird Hausfriedensbruch und Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen. Am nächsten Morgen war er schon wieder auf freiem Fuß.

Mordechai David war laut Medienberichten empört, weil Aharish im Fernsehen von einer »berechtigten Wut« arabischer Israelis über die Tatenlosigkeit der Regierung angesichts der Kriminalitätswelle gesprochen hatte, die seit einiger Zeit palästinensische Gemeinden in Israel heimsucht. »Bei den anstehenden Wahlen werden sie in großer Zahl zu den Wahlurnen strömen, um ihr demokratisches Recht im demokratischen jüdischen Staat auszuüben«, hatte Aharish vorausgesagt.

Tatsächlich scheint sich die Polizei oft zurückzuhalten, wenn es sich bei Verbrechenopfern um palästinensische Israelis handelt. Seit Anfang des Jahres bis Ende Februar wurden laut *Haaretz* 53 palästinensische Israelis ermordet. Geht es in dem gleichen Tempo weiter, wird die Mordrate 2026 die von 2025 mit 252 Getöteten noch übertreffen. Nur rund zehn Prozent der Morde werden aufgeklärt.

Keine Festnahmen, keine Kontrollen

Am gleichen Tag, als David vor dem Haus von Aharish randalierte, kam es in Kafr Kanna, einer Stadt in Nordisrael mit rund 18.000 Einwohnenden, in der fast ausschließlich Palästinenser leben, zu einer Schießerei. Maskierte junge Männer zogen durch die Straßen und feuerten mit Sturmgewehren auf Geschäfte und Wohnhäuser. »Seit gestern gibt es ununterbrochen Schüsse, und kriminelle Organisationen werfen Granaten aus Drohnen ab. Es gibt Verletzte und Tausende verängstigte Bewohner, die sich in ihren Häusern verbarrikadieren«, berichtete der linke jüdische Aktivist Alon-Lee Green fassungslos in einem Live-Video auf X. »Und die Polizei? Obwohl es in der Stadt selbst eine Polizeistation gibt, ist kein einziger Polizist zu sehen, keine Festnahmen, keine Kontrolle.« Green war 2015 Mitbegründer der jüdisch-arabischen Bewegung »Standing Together«, die sich für Frieden und Gleichheit

zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen in Israel stark macht und ein Ende der israelischen Besetzung der Westbank fordert.

In Kafr Kanna griff die Polizei schließlich doch noch durch. »Nach den gewaltsamen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen zwei Familien am Samstag abend wurde in der Stadt Kafr Kanna eine großangelegte Sicherheitsoperation unter Beteiligung großer Polizeikräfte und Grenzschutzbeamter durchgeführt«, gaben die Sicherheitskräfte laut dem arabischsprachigen Internetmagazin *Arab 48* bekannt. Mehr als 40 Personen seien festgenommen und mehrere Waffen sichergestellt worden, darunter Pistolen, eine Handgranate, eine Schrotflinte und Molotowcocktails. Ferner wurden Geschäfte in der Stadt geschlossen, die Schauplätze der Schießerei gewesen waren. Anlässlich des Fasten- und Friedensmonats Ramadan haben sogenannte Versöhnungskomitees in arabischen Städten und Gemeinden im ganzen Land versucht, verfeindete Familien zu einem einmonatigen Waffenstillstand zu bewegen, in der Hoffnung, die grassierende Gewalt in der Gemeinschaft einzudämmen. Die Schlichtung soll vorerst erfolgreich gewesen sein, berichtete *Arab 48* am Montag vor einer Woche.

»Das Blut, das auf den Straßen der arabischen Gesellschaft vergossen wird, ist das Blut der Bürger dieses Staates«, teilte der israelische Präsident Isaac Herzog bereits Anfang Februar in einem schriftlichen Statement mit, nachdem in Suweid Hamira, einem palästinensischen Dorf in Israel, drei Männer erschossen worden waren. Herzog bezeichnete die Welle der Gewalt als »nationalen Notstand«, weil sie seiner Ansicht nach die Sicherheit der gesamten israelischen Gesellschaft bedrohe. »Die Strafverfolgungsbehörden und die politische Führung müssen zusammenarbeiten, die Situation vor Ort erfordert Lösungen durch Gesetzgebung und deren Durchsetzung.« Die rechtsgerichtete israelische Regierung von Benjamin Netanjahu wirkt allerdings höchst unmotiviert. Fast scheint es so, als käme ihr die Gewalt und Kriminalität innerhalb der palästinensischen Minderheit geradezu gelegen.

Die palästinensischen Israelis wollen sich das nicht gefallen lassen. »Die arabische Gemeinschaft erlebt täglich Proteste gegen die steigende Kriminalität und verurteilt die Komplizenschaft der israelischen Behörden und Polizei«, berichtete *Arab 48*. Die Proteste begannen mit einem Streik in Sachnin, gefolgt von Ausständen in anderen arabischen Städten und zwei landesweiten Demonstrationen in Sachnin und Tel Aviv sowie einem Autokorso nach Jerusalem. An allen Aktionen beteiligten sich auch jüdische Israelis. Vor dem Büro des Premierministers Netanjahu wurde protestiert.

Lokale Politiker und muslimische Würdenträger geben mehrheitlich den Strafverfolgungsbehörden die Schuld. Sie werfen der Polizei vor, Mordfälle mit arabischen Opfern nicht ausreichend aufzuklären. Am 22. Januar wurden in allen arabischen Gemeinden in Israel die Werk tätigen, Händler und Angestellten in den Behörden zum Generalstreik aufgerufen als Kundgebung gegen das organisierte Verbrechen. »Mit diesem einheitlichen Protest wurde deutlich, dass Kriminalität kein Randthema der Sicherheit mehr ist, sondern eine existentielle Bedrohung darstellt, die das grundlegende Recht auf Leben und persönliche Sicherheit angreift«, stellte der in den USA ansässige, arabischsprachige Fernsehsender *Al Hurra* einen Tag später fest.

Die Knesset-Abgeordnete der sozialistischen Chadasch-Partei, Aida Touma-Suleiman, versprach in einem Interview mit dem Sender, dass es sich »nicht nur um einen vorübergehenden Protest handelt, sondern um einen Tag, der in die Geschichte der palästinensisch-arabischen Bevölkerung in Israel eingehen wird«. Die Regierung setze die kriminellen Banden zur Unterdrückung der Bevölkerung ein, »anstatt mit ihr zusammenzuarbeiten, um diese Banden zu bekämpfen«. Der Protest werde auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene so lange weitergehen, bis »der Staat dieselbe Lähmung spürt, die kriminelle Banden unserem Alltag zugefügt haben«. Auch das Verbot eines Protestmarsches in Sachnin durch die Polizei, die Personalmangel geltend machte, konnte die aufgebrachten Bürgerinnen und Bürger nicht stoppen. Mit juristischer Unterstützung der Menschenrechtsorganisation Adalah aus Haifa schafften sie es, das Verbot mittels einer einstweiligen Verfügung vom Obersten Gerichtshof aufheben zu lassen.

Regierung wiegelt ab

Die Regierung drückt sich vor der Verantwortung. Laut *Haaretz* will Premierminister Netanjahu die Zuständigkeit für die Verbrechensbekämpfung in den arabischen Gemeinden von sich wegschieben und an den extrem rechten Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, übertragen. Der schiebt die Schuld gleich weiter: »Das Blut der ermordeten Araber klebt an den Händen der Generalstaatsanwaltschaft«, sagte er laut *Haaretz* vom 17. Februar. Er sei schon vor drei Jahren mit einer Liste von rund 100 Familien zur Staatsanwaltschaft gegangen und habe vorgeschlagen, alle in Verwaltungshaft zu nehmen. Das sei abgelehnt worden.

Den Lokalpolitikern in den palästinensischen Gemeinden wirft Ben-Gvir Doppelzüngigkeit vor. Er habe »beispiellose Ressourcen« zur Verbrechensbekämpfung bereitgestellt, darunter Massenverhaftungen, Beschlagnahmungen in Milliardenhöhe und die Einrichtung von Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Erpressung. Aber die lokalen Behörden würden keine israelische Polizei in ihren Dörfern und Städten dulden. »Sind wir jetzt auch schuld, dass Sie sich gegenseitig umbringen?« So zitierte *Haaretz* den ebenfalls extrem rechten Finanzminister Bezale Smotrich in einem Disput mit einem palästinensischen Knesset-Abgeordneten.

Der ehemalige Knesset-Abgeordnete Jamal Zahalka vermutete laut *Haaretz* vom 5. Februar eine »unausgesprochene Übereinkunft zwischen der Regierung und kriminellen Organisationen«. Die Abmachung bestehe darin, so Zahalka, dass die kriminellen Banden nicht in jüdischen Gemeinden aktiv würden, wenn sich die Polizei nicht in den palästinensischen Gemeinden einmische. Bewiesen ist das nicht. Zahalka forderte die »Auflösung krimineller Organisationen in der arabischen Gesellschaft, Aufklärung von Mordfällen, Waffenbeseitigung in den Gemeinden und Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.«

Zahalka war bis 2019 Vorsitzender des Nationalen Demokratischen Bündnisses Balad. Die arabisch-israelische Partei verlangt, dass sich Israel nicht länger als jüdischer Staat definiert, sondern als Staat aller seiner Bürgerinnen und Bürger. Zahalka saß als junger Mann zwei Jahre im Gefängnis, weil er für die PLO aktiv war. Später trat er Maki bei, der 1965 gegründeten Kommunistischen Partei in Israel. Zahalka studierte Pharmazie, eine Zeitlang

auch in der DDR. Aktuell ist der 71jährige Vorsitzender des Higher Arab Monitoring Committee, einem außerparlamentarischen Dachverband, der die arabische Minderheit vertritt.

Die Kommunistische Partei ist heute Teil der gemeinsamen sozialistischen Liste Chadasch. Auf ihrem 29. Parteikongress vom 12. bis 14. Februar gab auch sie der Regierung und den Strafverfolgungsbehörden eine Mitschuld an der wachsenden Kriminalität in den arabischen Gemeinden in Israel. Die stark unterschiedlichen Lebensverhältnisse von jüdischen und arabischen Israelis sind ihrer Meinung nach ebenfalls ein Grund. »Die Partei fordert volle Gleichberechtigung bei der Ressourcenverteilung, der Beschäftigung, dem Wohnungsbau und der Stadtentwicklung«, hieß es im Abschlusskommuniqué.

Nicht gleichberechtigt

Seit Anfang des Jahres übersteigt Israels Einwohnerzahl die Zehn-Millionen-Marke. Etwa 20 Prozent von ihnen sind Palästinenserinnen und Palästinenser oder »arabische Israelis«, wie sie in Israel genannt werden. Sie besitzen die israelische Staatsbürgerschaft und dürfen an den Wahlen teilnehmen, sofern sie mindestens 18 Jahre alt sind. Auf den ersten Blick scheinen sie gleichberechtigt zu sein, aber die Gleichstellung ist heute weiter entfernt denn je. Laut Nationalstaatsgesetz ist Israel die »nationale Heimstätte des jüdischen Volkes« mit Jerusalem als unteilbarer Hauptstadt. Hebräisch ist seit dem 19. Juli 2018 die einzige offizielle Amtssprache. Mit dem vom konservativen Likud eingebrachten Gesetz verlor das Arabische seinen Status als zweite Amtssprache. Es darf allerdings auf Ämtern und in den Behörden weiter benutzt werden. Die Entscheidung der Knesset fiel mit 62 zu 55 Stimmen bei zwei Enthaltungen äußerst knapp aus. Die palästinensischen Abgeordneten hatten sich in einer über Jahre vehement geführten Debatte gegen das Gesetz gewehrt.

»Das Recht auf nationale Selbstbestimmung existiert im Staat Israel einzig für das jüdische Volk«, heißt es unmissverständlich in Artikel 1. »Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes.« Dass das Gebiet auch die historische Heimat des palästinensischen Volkes ist, wird unterschlagen. Artikel 1 schließt genaugenommen aus, dass sich Parteien für eine säkulare Demokratie einsetzen, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt sind, unabhängig von ihrer Religion. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde 2018 nicht einmal zur Debatte in der Knesset zugelassen.

In Artikel 7 werden die jüdischen Siedlungen als nationaler Wert bezeichnet. Israel »ermutigt und unterstützt den Bau und die Konsolidierung jüdischer Siedlungen«. Ungeachtet dessen, dass sie auf der israelisch besetzten Westbank und im Gazastreifen völkerrechtswidrig sind. Dem Siedlungsbau geht in aller Regel der Raub palästinensischen Landes voraus. Auch in Israel selbst. »Schätzungen zufolge wurden von den 370 jüdischen Siedlungen, die Israel zwischen 1948 und 1953 gründete, 350 auf beschlagnahmtem palästinensischen Land errichtet«, so das Institute for Middle East Understanding. Das 1950 verabschiedete Gesetz über das Eigentum von Abwesenden erlaubt es der Regierung, Land von Palästinensern zu enteignen,

die während der Gründung Israels aus ihren Häusern vertrieben und an der Rückkehr gehindert wurden.

Um per definitionem die legitime Heimstatt des jüdischen Volkes bleiben zu können, muss Israel alles tun, um zu verhindern, dass der Bevölkerungsanteil der palästinensischen Israelis weiter wächst. Weil die Politik keinen direkten Zugriff auf die Geburtenkontrolle besitzt, versucht sie, die palästinensische Geburtenrate indirekt zu drücken. Zum Beispiel, indem sie den Kauf von Bauland zu Wohnzwecken erschwert.

Von der Zerstörung bedroht

»Jahrzehntelange Landenteignungen und diskriminierende Planungspolitiken haben viele Palästinenser in dicht besiedelte Städte und Dörfer gezwungen, die kaum Raum für Expansion bieten. Gleichzeitig fördert die israelische Regierung das Wachstum und die Expansion benachbarter überwiegend jüdischer Gemeinden, von denen viele auf den Ruinen palästinensischer Dörfer errichtet wurden, die 1948 zerstört worden sind. Viele kleine jüdische Städte haben zudem Zulassungskomitees, die Palästinenser faktisch vom Wohnen dort ausschließen«, berichtete die NGO Human Rights Watch (HRW) im Mai 2020.

Praktischerweise kontrolliert der Staat 93 Prozent des Landes, einschließlich des besetzten Ostjerusalems. Die Israelische Landbehörde verwaltet und vergibt diese Ländereien. Fast die Hälfte der Mitglieder ihres Leitungsgremiums gehört laut *HRW* dem Jüdischen Nationalfonds an. Der ausdrückliche Auftrag dieser Organisation der zionistischen Bewegung besteht darin, Land für Juden zu entwickeln und zu verpachten. Die Restriktionen haben in vielen mehrheitlich palästinensischen Gemeinden in Israel zu gravierender Überbevölkerung geführt. Damit ihre größer werdenden Familien einigermaßen menschenwürdig leben können, erweitern manche palästinensische Israelis ihre Häuser ohne Baugenehmigung. Nach dem 2018 verabschiedeten »Kaminitz-Gesetz« können diese illegalen Anbauten schnell abgerissen werden. Nach Angaben des Arabischen Zentrums für Alternative Planung waren 2020 zwischen 60.000 und 70.000 Häuser von der vollständigen Zerstörung durch Israel bedroht.

Jüdische Gemeinden erhalten hingegen ausreichend Land und Baugrundstücke, um sich auszudehnen – nicht selten um die originären palästinensischen Dörfer und Städte herum, was zu einer Art Einkesselung führt. Ferner erhalten die palästinensischen Gemeinden im Verhältnis zu den jüdischen auch eindeutig weniger staatliche Zuschüsse im Rahmen der Ausweisung von Regionen nationaler wirtschaftlicher Priorität, die besonders gefördert werden. Die systematische Diskriminierung existiert ebenso im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie vor Gericht.

Palästinensische Israelis sind auf dem Papier zwar gleichberechtigt, im Alltag haben sie es aber deutlich schwerer in der israelisch-jüdischen Gesellschaft voranzukommen. Die anfangs erwähnte Nachrichtensprecherin Lucy Aharish ist in einem jüdischen Dorf in der Negev-Wüste aufgewachsen, in der nur wenige arabisch-muslimische Familien mit palästinensischen Wurzeln lebten. Obwohl sie mit ihrer Mutter zu Hause Arabisch sprach, bezeichnet sie Hebräisch als ihre Muttersprache. Weil die Eltern ihren Kindern die

bestmöglichen Chancen in der israelischen Gesellschaft eröffnen wollten, meldeten sie ihre drei Töchter auf einer jüdischen Schule an, wo auf Hebräisch unterrichtet wurde. Normalerweise gehen arabische und jüdische Kinder auf getrennte Schulen. Nach dem Abschluss studierte sie Sozial- und Theaterwissenschaften an der Hebräischen Universität in Jerusalem, später noch Journalismus in Tel Aviv. Seit 2018 ist sie mit dem jüdisch-israelischen Schauspieler Tzachi Halevy verheiratet. Bezeichnend genug hielten sie ihre Beziehung vier Jahre lang geheim, weil sie Anfeindungen fürchteten.

Nach dem Vorfall vom 28. Februar, als Mordechai David vor dem Haus der Journalistin provozierte, erklärte der Sender *Reshet 13*, bei dem sie arbeitet, die Sicherheitsvorkehrungen für Aharish und ihren Mann zu verstärken, weil der Sender jegliche Belästigung oder Bedrohung seiner Mitarbeiter sehr ernst nehme und bereits mehrere Anzeigen erstattet habe. »Wir erwarten, dass die Strafverfolgungsbehörden entschieden gegen solche Vorfälle vorgehen.« Der Sender fügte hinzu, dass er »noch nie gezwungen war, Journalisten nachts in ihren Wohnungen zu schützen« und dass er »über die Zunahme von Gewalt und Belästigung gegen Journalisten schockiert« sei.

Kolleginnen und Kollegen erinnerten in den sozialen Medien daran, dass Aharish während des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 zahlreiche Hilferufe von Menschen erhalten habe, die in Verstecken ausharrten. Aharish habe geholfen, die israelischen Rettungskräfte zu den Eingeschlossenen zu dirigieren.

»Integrierter« als Lucy Aharish kann man kaum sein. Die allermeisten israelischen Palästinenser wohnen in Dörfern und Städten, in denen sie die Bevölkerungsmehrheit bilden. Sie befinden sich vor allem in Nordisrael. Die größte ist Al-Nasira (Nazareth, auf Hebräisch Natzrat). Die Stadt ist bekannt, weil Jesus dort aufgewachsen sein soll. Der Anteil griechisch-orthodoxer arabischer Christinnen und Christen war lange Zeit höher als der muslimischer Menschen. Das änderte sich 1948, als 20.000 zumeist muslimische Palästinenserinnen und Palästinenser aus anderen Dörfern und Städten vor dem Terror und den Greueln der paramilitärischen, jüdischen Verbände nach Al-Nasira flohen.

Geschichte aus dem Müllhaufen

Viele Israelis behaupten bis heute, die Palästinenserinnen und Palästinenser hätten 1948 ihre Häuser freiwillig verlassen. Deshalb sei Israel nicht verantwortlich für die Tragödie, die von den Palästinenser Nakba, auf Deutsch Katastrophe, genannt wird. Nun entlarven Tausende bislang unbekannte Dokumente einmal mehr diese Erzählung als Märchen. Fast wären die wertvollen Papiere im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet: Während eines Spaziergangs in Tel Aviv bemerkte eine israelische Frau vor zwei Jahren neben einem Abfallcontainer mehrere Kisten. Darin befanden sich unter anderem als vertraulich gekennzeichnete Dokumente von 1948. Die Finderin übergab die Unterlagen an das Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung.

Die Kisten gehörten einem der ersten Kämpfer der gefürchteten Golani-Brigade, berichtete der israelische Historiker und Menschenrechtler Adam Raz

am 27. Februar in der Tageszeitung *Haaretz*. Erstaunlicherweise gestattete die Zensurstelle des Militärs die Veröffentlichung der Quellen. Nach Ansicht von Raz, der auch für das Akevot-Institut tätig ist, widerlegen die Dokumente »vollständig die israelische Darstellung, wonach die arabischen Einwohner des Landes auf Geheiß ihrer eigenen Führung freiwillig geflohen seien. Zwar wurden tatsächlich einige solcher Anweisungen verbreitet und manche Menschen verließen das Land aus eigenem Antrieb, doch lässt sich nun anhand einer beeindruckenden Beweislage bestätigen, dass die israelischen Streitkräfte während des Unabhängigkeitskrieges Araber systematisch und gewaltsam vertrieben haben.«

Die Vertreibung von mindestens 800.000 Palästinenserinnen und Palästinensern sei durch Massaker, Morde und andere Gewalttaten erfolgt, »die darauf abzielten, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und ihre Flucht zu beschleunigen«. Deshalb liege ein »dunkler Schatten über der Gründung des Staates«, so Raz. »Es gab Operationen, bei denen der potentielle Feind, nämlich die Zivilbevölkerung, vernichtet wurde«, sagte der 1978 verstorbene Mordechai Maklef laut einem der Dokumente als Zeuge vor Gericht aus. 1948 war er Offizier an der Nordfront. Vier Jahre später wurde er Generalstabschef der israelischen Armee. »Die Absicht war die Vertreibung. Es ist unmöglich, 114.000 Menschen, die (in Galiläa) lebten, ohne Terror zu vertreiben. Es musste ein anfängliches Element des Terrors gegeben haben, damit sie gingen.«

Maxim Cohen, 1948/49 Kommandeur der Carmeli-Infanteriebrigade, erklärte als Zeuge vor Gericht, wie der Terror konkret aussah: »Man schneidet einem Araber vor aller Augen ein Ohr ab, und alle fliehen. In der Praxis wurde kein Dorf evakuiert, ohne jemanden in den Bauch zu stechen oder ähnliche Methoden anzuwenden. Wir siegten nur dank der Angst der Araber, und sie fürchteten sich nur vor Taten, die gegen das Gesetz verstießen.« Weigerte sich jemand, das Dorf zu verlassen, habe er eine Kugel bekommen, sagte der Cameli-Offizier Haim Ben-David als Zeuge vor Gericht aus. »Wir kannten das Völkerrecht, aber ich weiß auch, dass wir uns oft nicht daran gehalten haben. Wir griffen zu illegalen Mitteln.« Solche Mittel, sagte er, seien auch gegen Frauen und Kinder eingesetzt worden. »Die Gewaltakte nahmen ab April/Mai 1948 sprunghaft zu, als die Haganah, die Armee vor der Staatsgründung Israels, in die Offensive ging. In dieser Zeit wurden viele arabische Städte erobert und ihre Bewohner vertrieben. Hunderte Dörfer erlitten in den folgenden Monaten dasselbe Schicksal«, schrieb Raz in seinem Beitrag für *Haaretz*.

Eine weitere in den Kisten verborgene Akte befasst sich mit dem Prozess gegen einen Offizier, der 1949 eine junge Beduinenfrau vergewaltigte und danach ermordete. Die Richter verurteilten den Täter für die Vergewaltigung, nicht aber für den Mord. In den Kartons fanden sich unzählige Berichte ähnlicher Greuelthaten bei der Einnahme palästinensischer Dörfer und Städte.

Straffrei morden

Adam Raz zufolge belegen die Dokumente, dass die Tötung von Zivilisten nicht nur die Vertreibung der Palästinenser beschleunigen, sondern auch deren Rückkehr verhindern sollte. »Ein kurz nach den Waffenstillstandsabkommen schriftlich an die Soldaten ergangener Einsatzbefehl lautete, »jeden Araber im

Gebiet bis zur Waffenstillstandsgrenze zu erschießen.« Die Täter blieben fast alle straffrei, und wenn sie doch verurteilt wurden, saßen sie höchstens einige Tage oder Wochen in Haft. »Die Tatsache, dass Mord und Vertreibung als Teil einer ganzen Denkrichtung galten, geriet im Laufe der Jahre in Vergessenheit und tauchte in Forschungsarbeiten nur selten auf«, stellte Raz fest.

Al-Nasira blieb von Kampfhandlungen weitgehend verschont, weil es sich kampflos ergab. Heute wohnen im historischen Ortskern etwa 77.000 Menschen. Sie sind fast ausschließlich palästinensischer Herkunft. Auf den Hügeln, die Al-Nasira umgeben, entstand ab 1957 das jüdische Nof HaGalil mit heute etwa 43.000 Einwohnern. Solche jüdischen Neugründungen, die ihr praktisch vor die Nase gesetzt werden, erinnern die arabische Bevölkerung stets daran, wo sie sich heute befindet.

Gerrit Hoekman schrieb an dieser Stelle zuletzt am 22. August 2025 über die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte in den Niederlanden: [»Moderne Sklaverei«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/518995.israel-bürger-zweiter-klasse.html>